Bezugspreise: für Halle monatlich bei zweimaliger Zustellung 7.50 Mark, vierteljährlich 22.50 Mk., durch die Post 22.50 Mk. ausschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Im amtlich. Zeitungsverzeichnis unter Saale-Zeitung eingetragen. Für unverlangt eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe „Saale-Zeitung" gestattet. Fernr. der Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abtlg. Nr. 1418 u. 7411, der Bezugs-Abtlg. Nr. 1133.

Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung

Vierundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigenpreise: Die 8 gespaltene 34 mm breite Millimeterzeile oder deren Raum 60 Pf., Familienanzeigen 40 Pf., Reklamen die 92 mm breite Millimeterzeile 2.50 Mark. Anzeigen nehmen an unsere Geschäftsstellen u. sämtliche Anzeigengeschäfte. Erfüllungsort: Halle. Erscheint täglich 2 mal, Sonntags und Montags 1 mal. Schriftleitung und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 1a, Gr. Brauhausstr. 17. Neben-Geschäftsstellen: Große Ulrichstraße 52 und Markt 24. Postscheck-Konto Leipzig Nr. 4604

Nr. 361. Halle, Donnerstag, den 5. August 1920. **Einzelpreis 20 Pfg.**

Die Entwaffnung.

Die unabhängige Berliner „Freiheit" schäumt vor Aufregung. Morgens und abends verschwendet sie trotz der Papiernot und trotz der Verteuerung der Druckerschwärze ihre Spalten, um die Berliner Arbeiterschaft gegen das Entwaffnungsgesetz scharf zu machen. Sie spürt offenbar selbst nicht den Widerspruch, der darin liegt, daß sie, wie auch die unabhängigen Redner im Reichstag, seit Jahr und Tag behaupten, die Arbeiterschaft sei überhaupt nicht mehr bewaffnet. In dieser Form mag es stimmen, denn sicher sind Millionen deutscher Arbeiter ohne Waffen. Wie es mit den eingeschworenen Unabhängigen, vollends aber wie es mit den Kommunisten steht, ist eine andere Frage. Die Unabhängigen behaupten, das Gesetz richte sich nur gegen die Arbeiter. Wenn keine Ursache vorhanden ist, das Gesetz anzuwenden, dann ist jede Aufregung überflüssig. Sind die Unabhängigen tatsächlich ohne Waffen, so können sie sich über die Schärfe der Bestimmungen völlig beruhigen. Das Gesetz ist nicht einseitig gedacht. Es will vielmehr etwas durchführen, was in jedem Staat die Voraussetzung für die gedeihliche innere Entwicklung ist. Die Dinge liegen indessen so, wie sie der Reichsminister des Innern Dr. Koch am 3. August im Reichstag darstellte. Deutschland gleicht einem dunklen Zimmer, in dem die Bewohner mit Dolchen in der Faust umherschleichen. Das ist ein unerträglicher Zustand. Wenn reaktionäre Kreise bis an die Zähne bewaffnet sind, so müssen ihnen die Waffen genommen werden. Wenn die Linksradikalen ebenfalls über Waffenlager verfügen, so sind sie aufzuheben. Lloyd George behauptete in Spa, daß in Deutschland noch drei Millionen Gewehre in den Händen der Bevölkerung seien. Das ist übertrieben, selbst wenn alle Schlüsselbüchsen und Schrotflinten eingerechnet werden. Lloyd George meinte auch, er würde den Zustand, daß große Teile der Bevölkerung bewaffnet seien, nicht einen Tag dulden. In Spa hat Minister Dr. Simons den englischen Premier darauf aufmerksam gemacht, daß die gewaltsame Entwaffnung unbotmäßiger Elemente kein Kinderspiel sei. Allein wenn Lloyd George die Berichte aus Irland prüft, so wird er finden, daß im vereinigten Königreich auch Waffen in der Zivilbevölkerung getragen werden. Es ist sicher, daß in Deutschland die zuständigen Behörden Arbeit bekommen, sobald das Entwaffnungsgesetz unter Dach und Fach ist. Allerdings ist nicht wünschenswert, daß Gewalt angewendet werden muß. Sie ist unnötig, sobald die einfache Aufforderung von Gesetzes wegen zu dem Erfolg führt, der beabsichtigt ist. Weder die Linke noch die Rechte dürfen über die Ausrüstung verfügen, um zu gegebener Zeit die Döberitziade zu wiederholen. Gerade weil der Reichstag soeben ein Amnestiegesetz beschlossen hat, muß das Reich nunmehr zu einer unbedingten inneren Sicherheit gelangen. Trotzdem rufen die Unabhängigen in Berlin zu einer Massenkundgebung auf. Am 4. August sollen die Berliner Arbeiter im Lustgarten gegen das Ausnahmegesetz Einspruch erheben. Es ist kein Ausnahmegesetz, da die unmittelbare Ursache an sich ein Gebot des Vielverbandes ist. Und läge dies nicht vor, dann hätte jede Regierung die Pflicht, nachdrücklichst die Entwaffnung der gesamten Bevölkerung durchzuführen. Deutschland will und soll ein Reichsstaat sein, dessen Grundsatz die Demokratie ist. Es steht jeder Partei, jeder politischen Meinung frei, die Massen durch Rede und Schrift für sich zu erobern. Aber es darf keiner Partei, keiner Gruppe einfallen, diese Eroberung gewaltsam zu versuchen. Die Unabhängigen haben sich zur Diktatur des Proletariats bekannt. Sie wollen die Eroberung der politischen Macht nicht nur durch den Stimmzettel erzwingen. Soll das Bekenntnis zur Diktatur des Proletariats nicht nur ein Lippenbekenntnis sein, so darf es vor den äußersten Mitteln nicht zurückschrecken. Zwar behaupten die Unabhängigen, daß sie zunächst Gewaltmittel nicht anwenden wollen. Das steht im Widerspruch dazu, daß sie grundsätzlich die dritte Internationale in Moskau nicht ablehnen. Die Leipziger Richtlinien wissen nichts von dieser Ablehnung, ganz abgesehen davon, daß ein Teil ihrer Führer, wie Däumig, schon halbwegs Moskau angelangt ist. Soll also das taktische Verhalten der Unabhängigen einen Sinn haben, so kann es nur der sein, sich vor der Entwaffnung zu schützen. Eine solche Ausnahme kann und darf nicht zugestanden werden. Wir wollen vor Putschen von rechts und links sicher sein, nur die friedliche Demokratie vermag uns aufwärts und vorwärts zu führen.

Gutsbesitzer William Koch †

Aus Untersarnstedt kommt die Trauerkunde, daß der frühere Reichstagsabgeordnete des Kreises Querfurt und das Mitglied der Deutschen Nationalversammlung, Gutsbesitzer William Koch, am 4. August früh plötzlich verschieden ist. Koch ist etwas über 70 Jahre alt geworden. Jeder aber, der ihn in seiner kraftvollen Körpergestalt sah, hätte ihm noch einen langen Lebensabend vorausgesagt. Noch bei der letzten Reichstagswahl, bei der er für die Demokratische Partei wiederum kandidierte, nahm er bereitwilligst die Anstrengungen des Wahlkampfes auf sich und ertrug sie ohne sichtbare Nachwirkungen. Auch in der Unermüdbarkeit des Ertragens von Strapazen schien er so den jüngeren Parteifreunden ein Vorbild. Der Allbezwinger Tod hat nun auch diesem Leben ein Ziel gesetzt. Ueber das Grab hinaus aber werden ihm seine Freunde die Treue bewahren und sein Andenken als das eines aufrechten deutschen Mannes in Ehren halten. Noch wird es allen, die den Dahingeschiedenen kannten, lebhaft in Erinnerung sein, mit welcher Ueberzeugungstreue er im Wahlkampf 1912 für die politischen Ideale der damaligen Fortschrittlichen Volkspartei eintrat. Seiner Wahlarbeit war damals der Sieg über den Sozialdemokraten beschieden. In den Jahren vor dem Kriege fand auch der Völkerversöhnungsgedanke in ihm einen tätigen Freund, und innere Ueberzeugung führte ihn zur Teilnahme an dem Friedenskongreß in Basel. Nach Ausbruch der Revolution kandidierte der Verstorbene in der Demokratischen Partei für die Wahlen zur Deutschen Nationalversammlung, für die er im Regierungsbezirk Merseburg als Mitglied gewählt wurde. In niemals rastender Arbeitsfreudigkeit fand er neben dieser Tätigkeit noch Zeit, in seiner engeren Heimat eine große Anzahl von Ehrenämtern zu übernehmen, in denen er wertvolle Dienste mit Rat und Tat geleistet hat. Als echter Landwirt und aufrechter Mann, vornehm in der Gesinnung und stets sachlich für seine Ueberzeugung kämpfend, so steht der Verstorbene im Geist vor seinen Freunden und politischen Gegnern. Sein Tod reißt über die Familie hinaus auch in den Reihen seiner politischen Mitarbeiter und Freunde in der Deutschen demokratischen Partei eine schmerzlich empfundene Lücke. Mit ihm ging ein echter kerndeutscher Mann dahin, der im Dienst am Volk und Vaterlande seine vornehmste Pflichterfüllung als Landwirt und deutscher Bürger sah.

Deutscher Reichstag.

18. Sitzung. Mittwoch, 4. August, 1 Uhr nachmittags.

Die dritte Lesung des Nothaushalts

wird fortgesetzt.

Beim Haushalt des Reichswirtschaftsministeriums unterstützt

Abg. **Oberfohren** (Dn.) eine Entschließung zugunsten der notleidenden Rentner und Pensionäre eventuell Beihilfen zu gewähren. Der Entschluß findet einstimmig Annahme.

Beim Haushalt des Arbeitsministeriums berichtigt

Arbeitsminister **Braun** seine heutige Presseinotiz, wonach im Ministerium Beamte angestellt seien, für die Kurse im Diktat und Kopfrechnen stattfinden müßten. Es handele sich um Kriegsbeschädigte und Militäranwärter, die schon vor der Revolution bei den Versorgungsbehörden arbeiteten und mit diesen Behörden übernommen wurden. Es finden für diese Beamten besondere sachliche Vorbildungskurse statt.

Beim Reichswehrministerium fordert

Frau Abg. **Zietz** (U. S.) eine bessere Fürsorge für die Kriegsbeschädigten.

Abg. **Frik** (U. S.) fordert die Beseitigung der Seelsorger beim Heer. Die Soldaten hätten während des Krieges das offizielle Christentum satt bekommen.

Abg. **von Gallwitz** (Dn.) erhebt Einspruch dagegen, daß die Militärgeistlichen, denen das Heer ungemein viel zu danken hat, hier heruntergerissen werden.

Abg. Dr. **Schreiber** (Ztr.): Die Militärseelsorge hat bisher im Zeichen edelster Humanität gestanden und soll darin auch für die Zukunft stehen.

Abg. **Korell** (Dem.) hält es für erwiesen, daß die Geistlichen im Kriege ihre volle Schuldigkeit getan haben.

Abg. **Plättner** (U. S.) sieht im Militarismus die Schutzgarde des Kapitalismus.

Abg. Dr. **Mumm** (Dn.) wendet sich scharf gegen die Herabwürdigung der Militärgeistlichen.

Abg. **Andrés** (Ztr.): Die Unabhängigen sollten nicht fortwährend wirtschaftliche Fragen zu politischen Machtfragen machen.

Abg. Adolf **Hoffmann** (U. S.): Ihr ganzes Streben geht ja darauf hinaus, sich das Paradies auf Kosten der großen Massen schon im Diesseits zu errichten.

Abg. Frau **Zietz** (U. S.): Der Militarismus ist es gewesen, der Deutschland in der ganzen Welt verhaßt gemacht hat.

Abg. **Eberling** (D. Vpt.): Das deutsche Heer ist die gewaltigste Organisation gewesen, die die Welt gekannt hat. Ein Volk hat die Pflicht, sich zu behaupten, und darum muß es wehrhaft sein. Hätten 1914 die sozialdemokratischen Führer gewagt, sich dem Kriege entgegenzustellen, sie wären von der Volksstimmung hinweggefegt worden. (Lebhafter Beifall.) Wenn wir alle nicht mehr sind, dann wird man noch singen und sagen von dem, was Hindenburg und das deutsche Heer getan haben. (Großer Beifall rechts, Lärmen des Abg. Ledebour und anderer Unabhängiger.)

Abg. Dr. **Mumm** (Dn.): Am 4. August 1914, heute vor sechs Jahren, war es der Abg. Haase, der als Führer Ihrer Fraktion die Bewilligung der Kriegskredite aussprach. (Hört, hört! rechts.) Auch bei Ihnen herrschte damals noch der Geist, der den alten Bebel beseelte, der da sagte: „Wenn das Vaterland in Not ist, würde auch ich noch das Gewehr auf die Schulter nehmen." (Unruhe bei den Sozialdemokraten.) Herr Hoffmann hat am allerwenigsten Anlaß, hier seine Angriffe anzubringen, da er, der ehemalige Kultusminister für Preußen, eine unlöschliche kulturelle Schmach gewesen ist (Rüge des Präsidenten) und sich dabei sehr gut auf seinen eigenen finanziellen Vorteil verstanden hat.

Abg. **Andrés** (Ztr.): Sie stellen den Kapitalismus als den Feind der Arbeiter hin und dann kommt Kautsky und beweist Ihnen haarscharf, daß die Arbeiter unter den jetzigen Verhältnissen besser mit dem Kapitalismus als dem Sozialismus fahren. (Hört, hört!)

Abg. Adolf **Hoffmann** (U. S.) verwahrt sich, nachdem fast alle Mitglieder der bürgerlichen Parteien den Saal verlassen haben, gegen die Vorwürfe des Abg. Dr. Mumm, den er einen elenden Verleumder nennt. (Rüge des Präsidenten.)

Abg. **Behrens** (Dn.): Es ist eine Fälschung der öffentlichen Meinung, wenn sich die Unabhängigen als die Vertreter der deutschen Arbeiterschaft aufspielen. (Sehr richtig.)

Beim Haushalt für Landwirtschaft und Ernährungswesen spricht

Abg. **Moses** (U. S.) über die Folgen der Unterernährung. Es muß alles geschehen, um eine starke Zufuhr von Milch, Fett und Eiweiß durchzusetzen.

Beim Posthaushaltetat beklagt

Abg. Frau **Zietz** (U. S.) die Entfernung von mißliebigen Posthilfsbeamten aus Berlin, um sie durch unpolitische Leute vom Lande zu ersetzen.

Ein Regierungsvertreter erklärt, die Postverwaltung ziehe niemand aus politischen Gründen nach Berlin.

Der **Nothaushalt wird endgültig bewilligt**, ebenso das Rahmengesetz (Etatgesetz).

Angenommen werden ferner die zugehörigen Entschließungen des Ausschusses, die aus dem Abschluß des Reichslohntarifs für die Verkehrsarbeiter notwendigen Mittel und die entsprechenden Ausgleichszulagen für die Beamten auszuzahlen, um die Folgerungen aus den Landesbesoldungsordnungen, soweit es angängig ist, auch für Reichsbeamte zu ziehen.

Der Ausschuß richtet endlich an die Regierung das Ersuchen, mit den in Frage kommenden Ländern und Gemeinden eine Verständigung über den vom Reiche zu tragenden Anteil an den Besatzungszulagen herbeizuführen, die im besetzten Gebiet im Hinblick auf die bedachten Reichsbeamten nun auch den Landes- und Gemeindebeamten zugebilligt werden müßten.

Es folgt die Interpellation der Sozialdemokraten über die Arbeitslosigkeit, verbunden damit wird die Beratung eines Antrages der Unabhängigen auf Verbesserung der Erwerbslosenfürsorge.

Abg. **Körsten** (Soz.) begründet die Interpellation, die lautet: „Was gedenkt die Reichsregierung gegen die zunehmende Arbeitslosigkeit zu tun?, wie gedenkt sie insbesondere die jetzige Krisis der Stillegung von Betrieben zu verhindern und Arbeitsgelegenheit für die Arbeitslosen zu schaffen?" Die Arbeitslosigkeit hat ihren Grund darin, daß das Inland keine Kaufkraft mehr hat und daß das Ausland nichts bei unserer Industrie bestellt. Eine Anrechnung der gewerkschaftlichen Erwerbslosen-Unterstützung auf die staatliche würde die Gewerkschaften zu schärfstem Kampf herausfordern.

Reichsarbeitminister **Brauns:** Die starke Arbeitslosigkeit ist ein Ausfluß unserer überaus schwierigen wirtschaftlichen Gesamtlage. Mit einer sehr langen Dauer der Krisis braucht nicht unbedingt gerechnet zu werden, weil der Bedarf auf den meisten Gebieten immer noch viel größer ist als der Vorrat. Am Ausbau der Arbeitsvermittlung wird mit allen Kräften gearbeitet. Ein Reichsgesetz über Arbeitsnachweis ist im Entwurf fertig. In der Landwirtschaft bedürfen wir eine Vermehrung der Arbeitskräfte. Zur Beseitigung der Wohnungsnot vor allem im Ruhrgebiet soll geschehen, was möglich ist. Die Zulassung ausländischer Arbeiter wird von der Zustimmung des Arbeitsnachweises abhängig gemacht werden. Ueberstunden sollen möglichst nur die unersetzlichen Arbeiterkategorien leisten. Mit Notstandsarbeiten wurden 1919 über 330 000 Arbeiter beschäftigt, wozu das Reich 470 Millionen Mark hergab. Ganz unentbehrlich wird die Erwerbslosenfürsorge nicht sein, sie wird auch neben der Versicherung gegen Arbeitslosigkeit notwendig bleiben. Wir werden zu dieser Versicherung möglichst bald zu kommen suchen. Das Reich und die Länder haben bisher an Arbeitslosenunterstützung 1400 Millionen Mark ausgezahlt. (Hört, hört! rechts.) Sehr richtig ist, daß die Unterstützung künftig wegfallen muß, wenn ein Arbeitsloser eine nachgewiesene geeignete Arbeit nicht annimmt und daß die gewerkschaftliche Unterstützung in Anrechnung kommt. Nationales Pflichtgefühl erheischen Opfer der Privatwirtschaft für die Volkswirtschaft. Jeder Streik ist jetzt die Wurzel neuer Arbeitslosigkeit. Mit allseitig gutem Willen werden wir auch über die jetzige Krisis hinwegkommen.

Abg. **Dißmann** (U. S.) begründet den Antrag seiner Partei. Hiernach soll die Erwerbslosen-Unterstützung auf das unter Mitwirkung der Gewerkschaften jeweils festzusetzende Existenzminimum erhöht und ohne Rückicht auf die Dauer der Erwerbslosigkeit gezahlt werden. Die höheren Sätze sollen rückwirkend bis 1. März 1920 gelten und für Männer und Frauen gleich sein. Ein Arbeitszwang soll nicht ausgeübt werden. Entlassung von Arbeitern und Angestellten, ferner die Stillegung von Betrieben ist zu verhindern. Alle Maßnahmen, die den produktiven Prozeß beeinflussen, sind der Kontrolle und dem Bestimmungsrecht der Betriebsräte der Gewerkschaften zu unterstellen. Die Kurzarbeiter sollen eine ihrem Verdienstentgang entsprechende Unterstützung erhalten.

Nächste Sitzung Donnerstag 10 Uhr. Besprechung der Interpellation, vorher Entwaffnungsvorlage.

Schluß 8 Uhr.

Die Zeppelin-Luftschiff-Lieferungen an die Entente.

Friedrichshafen, 4. Aug. Die Ueberführung der Zeppelinluftschiffe von Friedrichshafen nach Maubeuge hat sich als unmöglich erwiesen, weil die dortigen Luftschiffhallen viel zu klein sind.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19200805015/fragment/page=0001

General Hoffmann über Brest-Litowsk.

Ein Berliner Oberlehrer, Prof. Dr. Eugen Wolbe, hat über das Leben des Generalfeldmarschalls Prinzen Leopold von Bayern ein Buch verfaßt, das dieser Tage erschienen ist. Politische Bedeutung hat das Kapitel über den Frieden von Brest-Litowsk, das Generalmajor Hoffmann, der ehemalige Generalstabschef des Prinzen, beigesteuert hat. Zwischen den Zeilen dieser Verteidigung kann man allerhand lesen. Insbesondere wird betont, daß deutscherseits ausschließlich der Staatssekretär im Auswärtigen Amt v. Kühlmann verantwortlich gewesen sei. Der gegen den Oberbefehlshaber Ost und seinen Generalstabschef erhobene Vorwurf, er sei an dem harten Frieden von Brest-Litowsk schuld, entbehre dagegen jeder Begründung. An einer anderen Stelle wird gesagt, General Hoffmann habe jene Rede, bei der sozusagen mit dem Säbel auf den Tisch geschlagen wurde, „im Einverständnis mit Czernin und Kühlmann" gehandelt. „Daß der Ton der Ausführungen etwas schärfer ausfiel, als die beiden Diplomaten vielleicht erwartet hatten, muß allerdings zugegeben werden." Besonders bemerkenswert sind die Schlußausführungen über die bolschewistische Gefahr. Es heißt da: „Die Ententepropaganda machte uns — nicht ganz mit Unrecht — den Vorwurf, wir seien beinahe „Verbündete", jener Gesellschaft von Leuten, die sich die Macht in Rußland angemaßt haben; zum mindesten ließen wir ihnen und ihrem Werk wohlwollende Förderung angedeihen." General Hoffmann sucht dann nachzuweisen, daß die militärischen Stellen — 1918, also nach getanem Werk — „die ganze Scheußlichkeit" der bolschewistischen Regierung erkannt und und die Notwendigkeit eingesehen hätten, „die anständigen Elemente des russischen Volkes in ihrem Kampfe gegen die bolschewistischen Umtriebe zu unterstützen."

„Prinz Leopold war Feuer und Flamme für den Plan, die Offensive auf St. Petersburg erneut zu ergreifen und soweit auch auf den nördlichen Teil der Ostfront vorzurücken, daß es möglich war, in diesem Gebiet die bürgerlichen Elemente Rußlands zu sammeln und ihnen die Möglichkeit zu geben, aus sich heraus eine neue russische Regierung zu schaffen. Neuer Truppen hätte es dazu nicht bedurft. Trotz bolschewistischer Verhetzung, trotz Herausziehung aller westverwendungsfähigen Truppenteile und trotz Ueberführung namentlich aller jungen Mannschaften nach dem Westen hätten die im Osten verbliebenen Truppen ausgereicht, den Plan einer neuen Offensive in die Tat umzusetzen. Es ist heute müßig, sich in Phantasien darüber zu ergehen, wie sich die Lage in Deutschland gestaltet hätte, wenn wir im Sommer 1918 einer neuen russischen Regierung in den Sattel geholfen und uns mit ihr verbündet hätten, um nachher einen tatsächlichen Verständigungsfrieden zu erkämpfen."

Diese Darstellung des Generals Hoffmann ist von Interesse; nicht nur als Zeugnis für die Unterstützung der Bolschewisten durch die deutsche Heeresleitung in den Monaten vor dem Brester Frieden. Viel interessanter ist dieses Dokument deshalb, weil hier einer der Urheber dieser bolschewistenfreundlichen Politik nunmehr angesichts ihrer Folgen das deutliche Bestreben zeigt, selbst von ihr abzurücken.

Zur Lage in Zittau.

Zittau, 4. Aug. Heute früh 4 Uhr rückten Truppen der Reichswehr mit einer Abteilung der Sicherheitspolizei unter Führung des Oberst von dem Bussche in Zittau ein. Zu irgend welchen Zwischenfällen ist es nicht gekommen. Einige Rädelsführer sind von der Landes-Sicherheitspolizei verhaftet worden.

Dresden, 4. August. Ueber die Erledigung des Zittauer Putsches veröffentlicht die Nachrichtenstelle der Regierung eine Mitteilung, in der es u. a. heißt: Der von den Unabhängigen und Spartakisten in Zittau vom Zaune gebrochene Generalstreik mit anschließendem Putsch ist schnell zusammengebrochen. Heute früh sind Abteilungen der Landes-Sicherheitspolizei und der Reichswehr in Zittau eingerückt und haben, ohne Widerstand zu finden, die Stadt und das Kraftwerk Hirschfelde besetzt. Die Terroristen des 15. Ausschusses, soweit man ihrer habhaft werden konnte, wurden hinter Schloß und Riegel gesetzt. Mit der Wiederherstellung der gesetzmäßigen Zustände ist das Ziel der Regierung erreicht. Soweit der Zivilkommissar Anlaß zu Verhandlungen vorfindet, wird er nur mit den zuständigen Behörden und den berufenen Organisationen der Arbeiterschaft erhandeln. Die Aufhebung des Belagerungszustandes zum mindesten für den Bezirk Löbau ist nur eine Frage der nächsten Stunden.

Luftpostdienst Malmö-Warnemünde.

Stockholm, 4. August. Die schwedische General-Postdirektion hat die schwedische Regierung um ihre Ermächtigung zu dem Uebereinkommen mit der deutschen Postverwaltung betreffend die Einrichtung eines Luftpostverkehrs zwischen Malmö und Warnemünde gebeten. Die morgens von Malmö abgehende Flugpost würde um 1 Uhr nachmittags in Berlin eintreffen. Eingeschriebene Briefe können befördert werden. Der Luftpostverkehr, der beginnen wird, sobald die schwedische Regierung ihre Ermächtigung erteilt hat, soll mit deutschen Flugzeugen ausgeführt werden.

Vom russisch-polnischen Krieg.

Warschau, 4. Aug. Der Heeresbericht vom 3. August besagt u. a.: Die Besatzung der Festung Lomscha wehrt heldenmütig alle bolschewistischen Angriffe ab. Nordwestlich von Lomscha haben Abteilungen die 18. Sowjetdivision geschlagen, die bei Brosdow die Narew überschritten hatten. 500 Gefangene, 6 Geschütze und 400 Wagen sind die Beute. Zwischen Narew und Bug finden auf der Linie Zambrow-Jablonski-Cieshowice heftige Kämpfe statt. Auch am Bug, bei Drohiczyn-Janowo griffen unsere Abteilungen die bolschewistischen Truppen heftig an, denen es gelungen ist, auf das Südufer des Flusses zu gelangen. Weiter südlich ist das Bugufer in unseren Händen. Im Gebiete von Brody dauert die Schlacht mit der feindlichen berittenen Armee fort. Am Sereth findet in der Gegend von Mikludinice eine Schlacht statt, da der Feind um jeden Preis bestrebt ist, nach Westen durchzudringen.

Warschau, 3. August. Die Presseabteilung des Ministeriums des Aeußern teilt mit: Es ist augenscheinlich, daß die Sowjetregierung die Waffenstillstandsverhandlungen in der Hoffnung auf die versprochene Hilfe unserer Bundesgenossen aufschieben will. Das Datum des 4. August als Tag des Beginns der Friedensverhandlungen ist unmöglich, denn eine mit so weit gehenden Vollmachten, wie sie die Sowjetregierung fordert, versehene Delegation könnte mit ihren Vorbereitungen weder bis zu der geforderten Zeit fertig werden, noch bei dem Fehlen der Verkehrsmöglichkeiten nach Minsk gelangen. Uebrigens muß die Regierung vor Entsendung einer neuen Delegation den Bericht der bisherigen entgegennehmen. Eine genaue Veröffentlichung wird in dieser Angelegenheit noch erfolgen.

Kowno, 3. August. Nach Einnahme von Bialystok durch die Bolschewisten hat das vorläufige polnische revolutionäre Komitee eine Kundgebung erlassen, in der erklärt wird, die roten Armeen und die russischen Brüder möchten nach Polen kommen, nicht in der Absicht, die Freiheit zu verletzen, sondern Rußland und Polen dauernd die Ruhe und Freiheit zu verschaffen. Ein dauernder Friede könne nur zwischen den sozialistischen Arbeiterräten von Rußland und Polen geschlossen werden.

Die beginnende Gegenrevolution in Rußland.

Stockholm, 4. Aug. Nach Aeußerungen der ukrainischen diplomatischen Vertretung nimmt der Bauernaufstand in der Ukraine gegen die Bolschewisten zu; es haben sich bereits 25 000 bewaffnete Bauern erhoben. Von zwei Kavalleriedivisionen, die den Aufstand niederschlagen sollten, soll ein großer Teil zu den Ukrainern übergegangen sein, während der andere der Armee des Generals Wrangel beitrat. 100 000 Don- und Kubankosaken sollen sich gegen die Bolschewisten erhoben haben. Die Bolschewisten räumen das Gebiet zwischen dem unteren Lauf des Dnjepr und dem Asowschen Meer. Die Kubankosaken und die Ukrainer verhandeln mit General Wrangel über eine gemeinsame Kriegführung gegen die Bolschewisten unter der Bedingung, daß die Selbständigkeit der Ukraine respektiert wird.

Vorsichtsmaßregeln in Ostpreußen.

Berlin, 4. August. In Soldau sind 2000 Flüchtlinge aus Warschau eingetroffen, die eine Gefahr für die deutsche Bevölkerung darstellen, da sie stark ruhrverseucht sind. Es besteht deshalb die Absicht, die Grenze bei Neidenburg zu sperren.

Die alliierten Truppen sind jetzt alle nach Allenstein zurückgezogen.

Der italienische Botschafter hat die deutsche Regierung gebeten, dafür Sorge zu tragen, daß der Abtransport der italienischen Truppen aus dem ostpreußischen Abstimmungsgebiet am 9. August erfolgt.

Deutsches Reich.

Ergänzungszuschüsse aus Reichsdarlehen. Der preußische Volkswohlfahrtsminister hat kürzlich folgenden Erlaß herausgegeben: Schon jetzt läßt es sich übersehen, daß, wie ich von vornherein befürchtet habe, die Mittel, die mit von Reich und Staat zur Gewährung von Ergänzungszuschüssen an Gemeinden, Bauvereinigungen und Privatpersonen, die mit staatlicher Unterstützung ein Bauvorhaben im Jahre 1919 begonnen haben, aber infolge der Preissteigerung nicht fertigstellen konnten, nicht ausreichen, um überall diejenigen Ergänzungszuschüsse zu gewähren, die zur Vollendung der Bauvorhaben benötigt werden. Bei der Finanzlage von Reich und Staat ist jedoch eine Erhöhung des Sanierungsfonds nicht zu erwarten. Da es aber unbedingt erforderlich ist, daß zunächst die Fertigstellung der begonnenen Bauten sichergestellt wird, bevor mit dem Bau weiterer Wohnungen begonnen wird, so wird es sich unter Umständen als nötig erweisen, auch zur Gewährung von Reichsdarlehen überwiesene Mittel zur Gewährung von Ergänzungszuschüssen heranzuziehen. Die Möglichkeit dazu ist zwar etatrechtlich zurzeit noch nicht gegeben, wird aber voraussichtlich geschaffen werden. Der Minister weist die Regierungspräsidenten darauf hin mit dem Ersuchen, bei der Bewilligung von Reichsdarlehen zur Schaffung neuer Wohnungen der Notwendigkeit, den Reichsdarlehnsfonds gegebenenfalls auch zu Sanierungszwecken heranzuziehen, gebührend Rechnung zu tragen.

Die geistigen und materiellen Bedürfnisse der Reichswehrsoldaten. Vom 1. Oktober ab soll für alle Angehörigen der Reichswehr ein zivilberuflicher Unterricht beginnen. Die Einrichtung von Soldatenheimen, Heeresbüchereien, Sportfesten, Vortragsreisen ist geplant. Von allem überflüssigen Arbeitsdienst in den Truppenküchen, Magazinen usw. ist der Reichswehrsoldat befreit. Hierfür werden Zivilkräfte angestellt. Auch die Abhaltung von Kochlehrgängen ist geplant, um die Verpflegung zu verbessern, zu verbilligen und abwechslungsreicher zu gestalten.

Für die Bearbeitung funkentelegraphischer Fragen ist das Reichspostministerium die Zentralbehörde. Zur beratenden Mitwirkung steht ihm der Verkehrsbeirat zur Seite, der sich aus Vertretern des Handels, der Industrie, des Handwerks und Gewerbes, der Landwirtschaft, der Presse, der Verkehrs- und Transportgewerbe, der Stadtgemeinden, der Verkehrsvereine, der Technik usw. zusammensetzt. Außer dem Reichspostministerium bedienen sich aber auch noch andere Verwaltungen, z. B. Reichswehrministerium, Reichsverkehrsministerium, Auswärtiges Amt u. a. der Funkentelegraphie; es werden deshalb alle grundsätzlichen funkentelegraphischen Fragen, die über den Bereich eines einzelnen Ressorts hinausgehen, in der aus Vertretern der beteiligten Ressorts gebildeten, unter dem Vorsitz des Reichspostministeriums tagenden Reichsfunkkommission geregelt. Technische und wissenschaftliche Fragen der Funkentelegraphie werden in dem vom Reichspostministerium neu zu errichtenden Telegraphentechnischen Reichsamt bearbeitet.

Der drahtlose Schutzengel.

Die meisten Eisenbahnunfälle der letzten Zeit kamen daher, daß der Lokomotivführer die optischen Signale übersah. Man war daher seit längerem bereits vielfach bestrebt, das Vorüberfahren am optischen Signal gleichzeitig durch ein hörbares Zeichen bemerkbar zu machen. Es sind verschiedene Eisenbahnverwaltungen dazu übergegangen, auf der Lokomotive selbsttätig einen Pfiff ertönen zu lassen, sobald der Zug an einem gezogenen Signal vorbeikommt. Man erreicht das durch einen elektrischen Strom, der über die Maschine und die geerdeten Schienen geschlossen wird, sobald eine unter der Maschine angebrachte metallische Schleifbürste eine zwischen den Schienen ausgelegte Kupferplatte berührt, die mit einer geerdeten Batterie verbunden ist. Die Einrichtung versagt jedoch manchmal, namentlich im Winter. Schließlich kam man darauf, das Ertönen der Dampfpfeife auf der Maschine durch elektrische Wellen hervorzurufen, die von einer neben dem Signal aufgestellten Funkenstation ausgestrahlt wurden. Solche Versuche wurden in Frankreich auf der Staatsbahn schon vor dem Kriege gemacht, und man hat sie jetzt, dem „Prometheus" zufolge, erneut aufgenommen.

Die Funkenstation entspricht den während des Krieges bei der Infanterie verwendeten kleinen Feldstationen. Sie besteht in der Hauptsache aus einem Ruhmkorffschen Induktor, der durch eine Batterie von acht Volt gespeist wird, und dessen Funkenstrecke etwa 3 Ztm. lang ist. Die sekundäre Wickelung ist auf der einen Seite geerdet, während die andere Seite zur Funkenstrecke und weiter zur Antenne führt. Diese ist ein 15 Meter langer Kupferdraht, der in etwa 150 Ztm. Höhe vom Erdboden ausgespannt ist. Sobald das Signal gezogen wird, erhält die Batterie auf der einen Seite Erde. Der andere Batteriepol steht über die primäre Induktorwickelung mit einer Schiene in Verbindung, die sorgfältig isoliert ist. Infolgedessen kann die primäre Wickelung nur dann von einem Batteriestrom durchflossen werden, einmal wenn das Signal gezogen ist, und zweitens, wenn auch die isolierte Schiene Erde erhält; das ist aber erst der Fall, wenn ein Zug über die Schiene läuft. Nur unter der gleichzeitigen Erfüllung dieser Bedingungen tritt der Induktor in Tätigkeit. Dann springen an der Funkenstrecke Funken über und elektrische Wellen werden ausgestrahlt. Somit ist das Vorbeifahren des Zuges am gezogenen Signal notwendig und ausreichend zur Entsendung der elektrischen Schwingungen. Zum Auffangen der Wellen dient ein an der Maschine in 1½ Meter Abstand vom Erdboden angebrachtes Kupferrohr. Von diesem werden die Wellen einem Kohärer zugeführt, der mit einer Batterie und einer Drahtspule, sämtlich auf der Maschine untergebracht, zu einem Stromkreise zusammengeschaltet ist. Infolge des hohen Kohärerwiderstandes fließt für gewöhnlich in dem Kreise nur ein schwacher Strom. Wird jedoch der Kohärer von elektrischen Schwingungen getroffen, so sinkt sein Widerstand ganz bedeutend und der Strom steigt so stark an, daß das von der Spule erzeugte elektromagnetische Feld ein in ihrer Nähe befindliches Eisenstück in ihre Höhlung hineinzieht. Diese Bewegung des Eisenstücks wird benutzt, um vermittelst einer Feder den Hahn einer Dampfpfeife zu öffnen, die nun solange ertönt, bis der Maschinenführer die ganze Einrichtung wieder abstellt.

Danach würde die Wellenausstrahlung solange erfolgen, als die Vorüberfahrt des Zuges dauert, dies währt aber bei Güterzügen oft mehrere Minuten. Da aber für den erstrebten Zweck eine Strahlung von ganz kurzer Dauer genügt, so ist eine länger anhaltende Ausstrahlung schädlich, da dadurch die Batterie unnötig beanspruht wird. Man läßt daher die Räder der Lokomotive Schaltvorrichtungen betätigen, von denen die eine vor der isolierten Schiene und die andere dahinter liegt. Sobald das Rad den ersten Schalter berührt, wird der Stromkreis der Primärwickelung geschlossen, also die ganze Einrichtung erst betriebsfertig eingeschaltet. Wenige Meter weiter berührt das Rad den zweiten Umschalter und trennt dadurch wieder den Stromkreis.

Bis jetzt soll sich das Verfahren gut bewährt haben. Damit durch die Einrichtung nicht etwa die Wachsamkeit des Führers verringert wird, indem sich dieser auf das hörbare Zeichen verläßt, hat man gleichzeitig noch Kontrollvorrichtungen eingeführt, die erkennen lassen, ob der Führer das optische Signal bemerkt hat, ehe das Funkensignal gegeben wurde.

Sozial-Hygienische Akademie Breslau.

Das Ministerium für Volkswohlfahrt hat die Städte Breslau, Charlottenburg und Düsseldorf zur Errichtung von sozial-hygienischen Akademien ausersehen, um dem seit lange empfundenen Bedürfnis nach einer Fachausbildung der Medizinalbeamten und sonstigen im öffentlichen Dienst stehenden Aerzte (Kommunal-, Schul-, Fürsorge-, Kreisärzte) zu entsprechen. Die Hauptgegenstände des Unterrichts auf der Akademie — soziale Hygiene, soziale Pathologie, Gesundheits- und Krankenfürsorge, soziale Gesetzgebung, Versicherungsmedizin, ärztliche Standesorganisation — sollen in theoretischen Vorlesungen und praktischen Uebungen in Kursen von viermonatlicher Dauer eingehend behandelt werden. Die Akademien sind vom Ministerium ermächtigt, über den Erfolg der Ausbildung Bescheinigungen auszustellen.

Die Vorarbeiten für die Errichtung der Sozial-Hygienischen Akademie Breslau sind nunmehr abgeschlossen und der erste Kursus wird im Oktober 1920 beginnen. Das Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung und die städtischen Behörden haben die staatlichen und städtischen Institute und Lehrmittel der Akademie zur Verfügung gestellt. Der Lehrkörper besteht aus ersten Fachleuten der Breslauer Universität und der städtischen sozialen Fürsorge. Der Akademie steht ein Kuratorium zur Seite, dem die Spitzen der Behörden und hervorragende Vertreter des Lehrkörpers angehören. Mit der Leitung der Akademie ist vom Ministerium für Volkswohlfahrt Prof. Dr. med. Karl Prausnitz betraut worden.

Kunst und Wissenschaft.

Verschmelzung der Leipziger Universitätsbibliothek mit der Deutschen Bücherei. Die „L. N. N." geben eine Nachricht wieder, nach der die ganze Leipziger Universitätsbibliothek plötzlich in das Gebäude der Deutschen Bücherei verlegt werden solle, während das Gebäude der Universitätsbibliothek selbst an das Museum zu Musterausstellungen vermietet worden sei. Nach Mitteilungen der Direktion der Deutschen Bücherei entspricht dieses Gerücht jedoch keineswegs den Tatsachen. Richtig ist nur, daß gegenwärtig Verhandlungen zwischen Vertretern der Reichsregierung, der Sächsischen Regierung, der Stadt Leipzig, der Leipziger Universität und Universitätsbibliothek, des Börsenvereins der Deutschen Buchhändler und der Deutschen Bücherei über eine Verschmelzung der Leipziger Universitätsbibliothek mit der Deutschen Bücherei gepflogen werden. Von der schweren Notlage, in der sich alle wissenschaftlichen Anstalten Deutschlands befinden, sind selbstverständlich auch die Leipziger großen Bibliotheken hart getroffen. Die Universitätsbibliothek ist nicht imstande, die Mittel zur Beschaffung auch nur der notwendigsten neuen Bücher und Zeitschriften aufzutreiben, so daß ihre Benutzer schon seit langem die Hilfe der Deutschen Bücherei in Anspruch nehmen müssen, da diese den Vorzug besitzt, die gesamte in Deutschland erscheinende Literatur so gut wie kostenlos zu besiehen. Das legte den Gedanken einer Verschmelzung beider Bibliotheken nahe. Durch die Vereinigung der alten Schätze der Leipziger Universitätsbibliothek mit der fast lückenlosen Sammlung des neuesten Schrifttums, das die Deutsche Bücherei besitzt, entstünde eine Bibliothek von einem Umfange und Wert, die in Deutschland kaum ihresgleichen finden dürfte.

Eine flämische Universität in Gent. Für Gent ist die Gründung einer neuen flämischen Universität geplant worden, nachdem sich der Brüsseler Stadtgemeinderat ebenso wie der Minister für Kunst und Wissenschaft gegen die Umwandlung der bestehenden Universität Brüssel in eine flämische erklärt hat.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19200805015/fragment/page=0002

Ausland.

Unterzeichnung des türkischen Friedens.

Paris, 4. August. Die türkische Friedensdelegation, die den Friedensvertrag unterzeichnet hat, mit Reschid Bey an der Spitze, hat gestern abend Paris verlassen, um nach Konstantinopel zurückzukehren.

Die Kämpfe in Kleinasien.

London, 3. Aug. Das Kriegsamt teilt mit: Die Unruhen am unteren Euphrat dauern an. Die Eisenbahnlinie Hille—Bagdad wurde an mehreren Stellen zerstört. Indessen hat im Gebiet von Hille keine organisierte Erhebung stattgefunden. Eine starke Aufklärungsabteilung aus Hille wurde am 24. Juli von den Eingeborenen angegriffen, konnte sich indessen den Rückzug nach Hille freimachen. Die Kolonne verlor 300 Mann.

Aus Ostasien.

Tokio, 31. Juli. China hat sich geweigert, den Vorschlag Japans auf Bildung eines gemischten Ausschusses zur Untersuchung der Beschuldigung, daß Chinesen an dem Gemetzel von Nikolaijewsk beteiligt seien, anzunehmen.

Ein kommunistischer Arbeiterprozeß in Amerika.

Amsterdam, 3. Aug. „Times" melden aus New York: Nach beinahe dreimonatiger Dauer ist der gegen 20 Mitglieder der amerikanischen kommunistischen Arbeiterpartei geführte Prozeß beendet worden. William Broß Lloyd aus Chicago, der rote Millionär, und seine Gefährten wurden schuldig befunden an der Verschwörung gegen die Regierung teilgenommen zu haben. Das Urteil gegen Lloyd lautete auf fünf Jahre Gefängnisstrafe und 3000 Dollar Geldbuße.

Ein Kongreß der Schwarzen.

Amsterdam, 4. Aug. Wie aus New York gemeldet wird, wurde dort am 2. August ein Kongreß zur Besprechung der Lage der schwarzen Rasse eröffnet.

Unterbrechung der französisch-ungarischen Wirtschaftsverhandlungen.

Budapest, 3. Aug. Die Wirtschaftsabordnung der französischen Regierung in Budapest hat ganz plötzlich ihre Verhandlungen mit dem Ungarn unterbrochen und ist über Prag nach Paris zurückgekehrt, anscheinlich, um neue Instruktionen einzuholen. Der Vorsitzende der Delegation erklärte aber, die Verhandlungen seien auf unbestimmte Zeit vertagt worden.

Halle und Umgegend.

Halle, den 5. August 1920.

Das Gesetz über den Steuerabzug.

Aus Berlin, 3. Aug. geht uns folgende amtliche Meldung zu: Mit dem 1. August tritt das neue Gesetz über den Lohnabzug in Kraft. Auch die vorläufigen Ausführungsbestimmungen zu diesem Gesetze sind soeben erlassen worden.

Nach den neuen Bestimmungen gilt nun folgendes:

1. Zum Barlohn ist hinzuzurechnen der Wert der Naturalbezüge, z. B. Kost und Wohnung. Die Höhe dieses Wertes wird durch die einzelnen Landesfinanzämter festgestellt und seinerzeit bekanntgegeben werden. Bis zu dieser Regelung sind die Naturalbezüge einzusetzen mit dem Werte, der sich aus den Lohntarifvereinbarungen ergibt. Wo solche Vereinbarungen nicht bestehen, sind die vom Versicherungsamte festgesetzten örtlichen Preise maßgebend. Jedoch ist bis zu der Festsetzung durch das Landesfinanzamt als Wert von Natural- und Sachbezügen kein höherer Betrag als 5 Mark für den Tag, 30 Mark für die Woche und 125 Mark für den Monat anzurechnen.

Als Arbeitslohn gelten Löhne, Gehälter, Besoldungen, Tantiemen, Gratifikationen oder sonstige für Arbeitsleistungen gewährte Bezüge, sowie Wartegelder, Ruhegehälter, Witwen- und Waisenpensionen und andere Bezüge oder geldwerte Vorteile für frühere Dienstleistungen oder Berufstätigkeit.

2. Die Beiträge für Kranken-, Unfall-, Haftpflicht-, Angestellten-, Invaliden- und Erwerbslosen-Unterstützungskassen, sowie für Witwen-, Waisen- und Pensionskassen und Beiträge zu öffentlichen Berufs- und Wirtschaftsvertretungen können vom Arbeitslohn abgesetzt werden, soweit sie vom Arbeitgeber entrichtet und zu Lasten des Arbeitnehmers verrechnet werden.

3. Bei Arbeitnehmern, die das 14. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, findet ein Abzug vom Arbeitslohn nicht statt.

4. Der Steuerabzug wird nicht mehr vom ungekürzten Tage-, Wochen- oder Monatslohn vorgenommen. Es bleiben vielmehr gewisse Teile des Lohnes vom Steuerabzuge frei. Diese Teile sind so berechnet, daß die sozialen Ermäßigungen des Einkommensteuergesetzes bereits beim Steuerabzug berücksichtigt werden.

Vom 10prozentigen Lohnabzug bleiben frei: Tageslohnberechnung 5 Mark für den Tag, sowie je 1 Mark 50 Pfennig für die Ehefrau des Arbeitnehmers und für jedes zur Haushaltung des Arbeitnehmers zählende minderjährige Kind; bei Wochenlohn 30 Mark für die Woche sowie für die Frau und jedes minderjährige Kind je 10 Mark; bei Monatslohn 125 Mark für den Monat und je 40 Mark für die Ehefrau und jedes minderjährige Kind.

Uebersteigt unter Berücksichtigung dieser Ermäßigungen der Lohn, auf das Jahr umgerechnet, die Summe von 15 000 Mark, so werden 15 Prozent erhoben; geht Lohn oder Gehalt über 30 000 Mark, so kommen 20 Prozent Gehaltsabzug in Frage, bei mehr als 50 000 Mark 25 Prozent usw., bis bei Beträgen von jährlich über 1 Million 55 Prozent des Gehalts oder der Tantieme abgezogen werden.

Der Arbeitgeber hat bei jeder Lohnzahlung festzustellen, ob der Arbeitslohn unter den vorgenannten Bedingungen die bezeichneten Grenzen überschreitet. Bei der Umrechnung des Arbeitslohnes auf ein Jahr ist das Jahr mit 300 Arbeitstagen, 50 Wochen oder 12 Monaten zugrunde zu legen, sofern nicht nach Art der Arbeitstätigkeit eine kürzere Beschäftigungsdauer für das Jahr anzunehmen ist (z. B. Saisonarbeitern).

Wenn also beispielsweise ein verheirateter Arbeitnehmer mit 4 Kindern nach Abzug der obengenannten Beiträge zur sozialen Versicherung 756 Mark Monatslohn bezieht, so berechnet sich der Steuerabzug folgendermaßen: Es sind zunächst 125 Mark abzusetzen und weiter 5 mal 40 = 200 Mark für die Ehefrau und 4 Kinder, so daß insgesamt 325 Mark dem Steuerabzug nicht unterliegen. Es bleibt dann noch für den Steuerabzug eine Summe von 431 Mark, von denen 10 Prozent einzubehalten sind. Das würde 43 Mark 10 Pfg. ausmachen. Jedoch ist in den Ausführungsbestimmungen vorgeschrieben, daß der Betrag auf volle Mark nach unten abzurunden ist. Für das Steuerjahr 1920 werden ihm somit, da der Abzug erst seit dem 25. Juni 1920 in Kraft ist, und er daher in diesem Jahre bei Monatslöhnen nur für 10 Monate erfolgt, 433 Mark einbehalten. Das steuerpflichtige Einkommen für 1920 berechnet sich dagegen auf mindestens 4200 Mark, wovon für 1920 488 Mark an Einkommensteuer demnächst zu entrichten sind.

Oder ein anderes Beispiel: Ein unverheirateter Steuerpflichtiger bezieht einen Wochenlohn nach Abzug der Versicherungsbeiträge in Höhe von 260 Mark. In diesem Falle sind 30 Mk. abzusetzen, sodaß nur von 230 Mark der 10prozentige Abzug gemacht zu werden braucht. Wird der Abzug in diesem Jahre für 40 Wochen (vom 25. Juni 1920 ab) gemacht, so werden dem Arbeitnehmer insgesamt 920 Mark einbehalten. Bei einem steuerpflichtigen Einkommen von rund 11 500 Mark hat er aber für 1920 demnächst 1755 Mark Einkommensteuer zu zahlen.

*

Von der hiesigen allgemeinen Arbeitgeber-Vereinigung wird uns noch folgendes geschrieben:

Die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände Berlin hat uns mitgeteilt, daß ihr Antrag, die Durchführung der Ergänzungsbestimmungen erst vom 1. September vorzunehmen, keine Annahme beim Reichsfinanz-Ministerium gefunden hat. Die Ergänzungsbestimmungen sind also ab 1. August durchzuführen. Dazu sind vorläufige Ausführungsbestimmungen erlassen worden:

Besonders hervorzuheben ist vor allem die folgende Uebergangsbestimmung:

In Betrieben, in denen mehr als zwanzig Arbeitnehmer ständig beschäftigt sind, kann der Arbeitgeber im Einvernehmen mit der Betriebsvertretung bis zum 1. September an Stelle der freizulassenden Beträge die folgenden Durchschnittsbeträge vom Steuerabzug freilassen:

1. Bei allen in dem Betriebe ständig beschäftigten Arbeitnehmern, die nicht dauernd von ihrer Ehefrau getrennt leben oder zu deren Haushaltung minderjährige Kinder zählen.
   a) Im Falle der Berechnung des Arbeitslohnes nach Tagen ein Betrag von 12 Mk. für den Tag,
   b) im Falle der Berechnung des Arbeitslohnes nach Wochen ein Betrag von 75 Mk. für die Woche,
   c) im Falle der Berechnung des Arbeitslohnes nach Monaten ein Betrag von 300 Mk. für den Monat.
2. Bei allen übrigen in dem Betriebe ständig beschäftigten Arbeitnehmern:
   a) Im Falle der Berechnung des Arbeitslohnes nach Tagen ein Betrag von 8 Mk. für den Tag,
   b) im Falle der Berechnung des Arbeitslohnes nach Wochen ein Betrag von 50 Mk. für die Woche,
   c) im Falle der Berechnung des Arbeitslohnes nach Monaten ein Betrag von 200 Mk. für den Monat.

Der 10prozentige Abzug ist nur von dem Betrag vorzunehmen, um den der Arbeitslohn die unter Ziffer 1 bezeichneten Durchschnittsbeträge übersteigt.

Durch die vorstehende Bestimmung kann also im Einvernehmen mit der Betriebsvertretung die Arbeit der Feststellung der nach dem Familienstande freizulassenden Beträge im einzelnen vorläufig erspart werden.

Die nach Artikel 2 der Ergänzungsbestimmungen in Aussicht genommene Verrechnung der früher zuviel abgezogenen Beträge kann erst erfolgen, wenn die endgültigen Ausführungsbestimmungen darüber Anweisung geben. Diese dürften bis zum 1. 9. 1920 zu erwarten sein.

Mehr Zucker.

WTB. Berlin, 4. August. Durch Einsparung von Zucker bei der Marmeladeherstellung ist es ermöglicht worden, zu dem bereits freigegebenen Einmachezucker ein weiteres viertes Pfund Einmachezucker auf den Kopf der Bevölkerung zur Verfügung zu stellen. Die Verteilung erfolgt nach den gleichen Grundsätzen und unter den gleichen Bedingungen wie die Verteilung des bereits ausgegebenen Einmachezuckers.

Die nächsten Wollversteigerungen des Wollvermertungsverbandes werden von der Deutschen Wollgesellschaft m. b. H. in Berlin an folgenden Tagen abgehalten: in Berlin am 27. August, in Fürstrow am 1. September, in Halle a. S. am 16. September. Auf diesen Versteigerungen kommen auch Wollen aus Schlesien, Holstein und Westfalen unter den Hammer. Die zum Verkauf ausgestellten Mengen werden voraussichtlich etwa 5000, 4000 bezw. 5000 Ztr. Schurwolle betragen. Die Wollen am Vollen oder nach Mustern können jeweils zwei Tage vor der Versteigerung im Lagerraum der Deutschen Wollgesellschaft besichtigt werden.

Provinzial-Nachrichten.

£ **Naumburg**, 4. August. (Eine schlimme Ueberraschung) erlebte der Kapitän v. Häfeler in der Buchholzstraße hier, als er von seinem Rittergute in Göhnitz nach Hause zurückkehrte. Diebe hatten aus seiner Villa Silberzeug, Kleidung und Wäsche im Werte von ungefähr 186 000 Mark durch Einbruch gestohlen. Auf die Ermittelung der Täter sind 15 000 Mark Belohnung ausgesetzt.

() **Altboldensleben**, 4. August. (Beginnender Zugvögelabzug.) Die Mauersegler oder Turmschwalben, welche uns für die ausgebliebenen echten Schwalben diesen Sommer reichlichen Ersatz gegeben haben, uns in der letzten Juliwoche verlassen und ziehen nun schon in den Mittelmeerländern die Aufmerksamkeit auf sich. Zu Tausenden tummelten sie sich über unserem Ort und erfüllten 3 Monate lang die Luft mit ihrem Gekreisch. Leer und still ist es nun über uns, und nun bemerkt man erst das Fehlen der Rauch- und Hausschwalbe.

— **Erfurt**, 4. August. (Oberst Weber.) Der Oberpräsident der Provinz Sachsen dementiert die Meldung, daß Oberst Weber, der bisherige Kommandeur der Sicherheitswehr in Erfurt, nachdem er zur Disposition gestellt worden war, von der Reichsregierung wieder in sein Amt eingesetzt worden sei. Die gegen Oberst Weber im Wege des Disziplinarverfahrens eingeleitete Untersuchung ist noch nicht abgeschlossen. Der beim Oberpräsidenten zugunsten des Obersten Weber vorstellig gewordenen Abordnung der Erfurter Beamtenschaft wurde mitgeteilt, daß irgendwelchen Vertrauenskundgebungen nicht der geringste Einfluß auf den Gang der Untersuchung eingeräumt werden könnte.

✱ **Hohenleute**, 4. August. (Zwei Wilddiebe festgenommen von einem Siebzehnjährigen.) Der jüngste Sohn des Oberamtmanns Braune-Wöbel, ein Oberfeldbauer, hatte schon im vorigen Frühjahr einen Kampf mit Wilderern zu bestehen auf der von seinem Vater gepachteten Hohenleuter Jagd. Er entwand dabei dem einen der Wilderer im Kampf das Messer, das dieser gegen ihn gezogen hatte, während der andere davonlief. Am Sonntag morgen 4 Uhr überraschte der junge Mann wieder, auf der Streife nach Wilddieben, vier Mann, von denen zwei sich an eine Ricke heranpürschten. Auf energischen Anruf „Halt" und „Hände hoch" wurden die zwei, die wegen Wilderns schon vorbestraft sind, festgenommen, und die Untersuchung ergab, daß der eine ein Gewehr untergeknöpft und im Rucksack zwei Hasen verborgen hatte.

√ **Tancermünde**, 4. August. (Vom Schicksal schwer verfolgt) wird die vor kurzem hier wohnhaft gewesene, jetzt in Schönebeck lebende Frau Sprenger, die vor einigen Jahren zwei Jungen, die auf dem Eise eingebrochen waren, verloren hat. Nun ist ihr auch der dritte und letzte Sohn genommen worden. Beim Baden in der Elbe fand der 10jährige Junge den Tod.

@ **Aus der Altmark**, 3. August. (Der Dachs.) Der in den letzten Jahren fast gar nicht mehr in den altmärkischen Wäldern anzutreffen war, ist neuerdings, wie aus Försterkreisen berichtet wird, wieder recht zahlreich beobachtet worden. Da Meister Grimmbart kaum Schaden anrichtet, wäre es recht erwünscht, ihn in den immer tierärmer werdenden Revieren zu schonen.

() **Gotha**, 2. August. (Die Stadtverordneten) haben beschlossen, für die Bearbeitung der bei den Märzunruhen entstandenen Tumultschäden — 700 Fälle mit etwa 5 Millionen Mark Entschädigungsansprüchen — einen erfahrenen, ausmärkischen Juristen vorübergehend einzustellen. Sieben Beamte sind schon in der Sache tätig.

Letzte Depeschen.

Telegraphischer Spezialdienst der „Saale-Zeitung".

Reichsminister Dr. Koch reist nach Ostpreußen.

Berlin, 4. August. (Eig. Drahtnachricht.) Außer Reichsminister Dr. Geßler, der gestern abend nach Ostpreußen zu kurzer Besichtigung der Reichswehr abgereist ist, gedenkt sich auch der Reichsminister Dr. Koch nach Ostpreußen zu begeben, um sich persönlich über die dortigen Verhältnisse zu unterrichten. Er wird voraussichtlich Freitag und Sonnabend in Ostpreußen weilen.

Besatzungszulagen für die Beamten im besetzten Gebiet.

Berlin, 4. August. (Eigene Drahtnachricht.) In der Angelegenheit der Bezahlung von Besatzungszulagen für die in den besetzten Gebieten tätigen preußischen Beamten ist zurzeit der Stand der Angelegenheiten so, daß der Reichsrat einen Gesetzentwurf beschlossen hat, wonach das Reich die Zahlung übernimmt. Der Hauptausschuß beabsichtigt jedoch, diesen Gesetzenwurf nur mit einem formellen Einspruch an den Reichsrat gelangen zu lassen. Da das Kabinett hierzu verfassungsgemäß berechtigt ist, erscheint das Schicksal des Entwurfes im Reichstag zweifelhaft. Die Abgeordneten sämtlicher Parteien haben, soweit sie aus dem besetzten Gebiet kommen, bei den Beratungen ihrer Meinung dahin Ausdruck gegeben, das den betreffenden Beamten sofort geholfen werden muß. Ein Ausschuß der Beamten der besetzten Gebiete hat einen gemeinsamen Schritt in der Beamtenkommission des Reichstages unternommen, und dieser hat eine einstimmige Resolution gefaßt, die noch vor den Ferien im Plenum behandelt werden soll. Hierbei ist ein Kompromißvorschlag gemacht in der Richtung, daß die entstandenen Etatskosten zwischen Reich und Ländern nach einem noch näher zu vereinbarenden Schlüssel verteilt werden sollen.

Von der ostpreußischen Grenze.

Berlin, 4. August. (Eig. Drahtnachricht.) Nach Mitteilungen von zuständiger Stelle herrscht an der ostpreußischen Grenze Ruhe. Außer den bereits gemeldeten 2000 Mann polnischer Truppen sind bisher keine weiteren auf deutsches Gebiet übergetreten. In Soldau sind 2000 Flüchtlinge aus Warschau eingetroffen. Sie sind stark ruhrverseucht und bilden infolgedessen eine Gefahr für das Reich. Es sind Vorkehrungen getroffen, um weiteren Zustrom zu vermeiden. Bei Neidenburg ist die Grenze abgesperrt. Reichswehr ist in Ostpreußen keine. Die Sicherheitspolizei allein versieht den Grenzdienst. Die alliierten Truppen sind sämtlich in Allenstein zusammengezogen.

Französische Putschabsichten auf deutschen Bahnen?

Berlin, 4. August. (Eig. Drahtnachricht.) Ueber die Meldung verschiedener Morgenblätter betreffend eines beabsichtigten Putsches der Entente auf deutsche Bahnen, zu welchem Zweck auch bereits 9000 Franzosen, Beamte und Arbeiter, bereitgestellt seien, ist an amtlicher Stelle nichts bekannt.

Zum Wiederaufbau in Nordfrankreich.

Berlin, 4. August. (Eigene Drahtnachricht.) In einer Pressemeldung werden Arbeiterentlassung bei Lanz in Mannheim in Verbindung damit gebracht, daß angeblich die Verhandlungen über den Wiederaufbau in Nordfrankreich ins Stocken geraten sein sollen. Wie hierzu vom Wiederaufbauministerium mitgeteilt wird, sind solche Verhandlungen in der letzten Zeit überhaupt nicht geführt worden, so daß auch von einer Unterbrechung nicht die Rede sein kann. Es ist lediglich in Spa über diese Frage verhandelt worden, und diese Besprechungen sollen in Genf fortgesetzt werden.

Abreise der Italiener aus Marienwerder.

Berlin, 4. August. (Eig. Drahtnachricht.) Wie uns von amtlicher Seite mitgeteilt wird, hat der italienische Gesandte heute das Ersuchen an die Regierung gestellt, Vorkehrungen zu treffen, daß am 9. August die italienischen Truppen aus Marienwerder und Allenstein zurückgezogen werden können.

Keine Ausrufung der Räterepublik in Altenburg.

Altenburg, 4. August. (Eigene Drahtnachricht.) Die Mitteilung über die Ausrufung der Räterepublik in Altenburg entspricht in keiner Weise den Tatsachen.

Die Lage an der polnischen Front.

Königsberg, 4. August. (Eig. Drahtnachricht.) Von zuständiger militärischer Seite wird hier über die Lage an der polnischen Front mitgeteilt: An der Pissa ist die Lage unverändert. Im Abschnitt von Kowno Patrouillengefechte. Die Besetzung von Lomscha durch die Bolschewisten bestätigt sich, doch scheinen die Südforts noch in der Hand der Polen zu sein. Der polnische Widerstand zwischen Narew und Bug verstärkt sich. Im Südteil Ruhe.

Aufgabe der Londoner Konferenz.

WTB. London, 4. August. (Eig. Drahtnachricht.) Die englische Regierung hat der bolschewistischen Regierung auf drahtlosem Wege mitgeteilt, daß angesichts der Tatsache, daß Rußland mit Polen nicht allein Waffenstillstandsverhandlungen, sondern auch Friedensverhandlungen einzuleiten verlangt, der Plan der Londoner Konferenz aufgegeben werden müsse.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19200805015/fragment/page=0003

Kunst und Wissenschaft.

Psychotechnischer Kursus. Uns wird berichtet: Vom 6. bis 14. September d. J. wird ein psychotechnischer Kursus im psychotechnischen Laboratorium des Versuchsfeldes für Werkzeugmaschinen und Betriebslehre an der Technischen Hochschule Charlottenburg abgehalten, der einen Ueberblick über die bisherigen Erfahrungen und Methoden der psychotechnischen Lehrlingsprüfung geben soll. Neben Vorlesungen sind Uebungen geplant, um den Teilnehmern Einblick in die praktische Prüftätigkeit zu gewähren. Die Vorlesungen behandeln Psychologie des Jugendlichen, psychische Störungen der Pubertätszeit, Betriebswissenschaft und Psychotechnik, Eignungsprüfung industrieller Lehrlinge, kaufmännische Eignungsprüfung, Untersuchung an Straßenbahnern, Telephonistinnen und Schreibmaschinistinnen. Gleichzeitig werden praktisch arbeitende Prüfstellen der Industrie besichtigt sowie Werkschulen Groß-Berliner Industriestätten. Anmeldungen sind zu richten an das Technische Vorlesungswesen Groß-Berlin des Vereins deutscher Ingenieure, Abt. psychotechnischer Kursus, Berlin NW. 7, Sommerstr. 4a.

Der Dichter der „Seeschlacht" als Maler. Reinhold Goering, der bisher nur als Dramatiker in der Oeffentlichkeit bekannt geworden ist, zeigt zum erstenmal seine expressionistischen Aquarelle und Zeichnungen in der Kunstausstellung Der Sturm, Potsdamer Straße 134a. Neu ausgestellt sind ferner Gemälde von Thomas Ring und dem verstorbenen Walter Selle.

Sport der „Saale-Zeitung".

National-Jubiläums-Wettschwimmen.

Am kommenden Sonntag findet in Bernburg auf der Saale gelegentlich des 15jährigen Bestehens des Schwimmklubs Neptun ein Wettschwimmen, veranstaltet vom Kreis III des Deutschen Schwimm-Verbandes, statt. Die Wettkämpfe umfassen 17 Nummern und es beteiligen sich 27 Vereine mit über 300 Nennungen daran. Allein 14 Sprung-Konkurrenzen werden zum Austrag gebracht, wobei als Gast der Anwärter auf die deutsche Meisterschaft im Springen, Artur Mund vom Schwimm-Sportklub Halberstadt besonderes Interesse erwecken wird.

Die Wettkämpfe beginnen vormittags ½10 Uhr mit den drei Rennen über 2000 Meter. Müller, der am 25. Juli beim 5 Kilometer-Schwimmen in Roßlau den ersten Preis holte, wird beim ersten Rennen für Senioren mit Brust konkurrieren. Beim 2000 Meter-Damenschwimmen für Junioren starten auch verschiedene Frauen mit. Ein scharfer Kampf wird entbrennen bei den Lagen-Brustlaffeln der Vereine um die Wanderpreise der Herren Generaldirektor Eilsberger, Zuweiler Unger und eines anderen Gönners des Vereins, da verschiedene Vereine die Preise bereits zweimal errungen haben und daher wohl diese Preise zum letzten Male ausgeschwommen werden dürften. Die Nr. 14 des Programms, II. Senior-Rückenschwimmen über 100 Meter, bringt einen Wettkampf zwischen den Schwimmern Kühnel (Neptun-Dresden), Büchner (Stillingen-Dessau), Weinrich (Magdeburg 96), Jung (Halle 1902) und Hasenkrüger (Hellas-Magdeburg). Auch die Damen-Junior-Brustlaffel zwischen den Vereinen Nixe-Stassfurt, Gütten 1914, 1. Magdeb. Damen-Schw. Club, Calbe, Halle 1902, Magdeburg 1848 und Dessau 1904 wird besonders die Damenwelt interessieren.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Die Notlage im Zeitungsgewerbe.

Nürnberg, 4. August. Eine hier abgehaltene, sehr zahlreich besuchte Hauptversammlung des Vereins Bayerischer Zeitungsverleger nahm nach langer, sehr erregter Erörterung eine Entschließung an, in der im Hinblick auf die außerordentliche Steigerung des Druckpapiers und auch die damit in Zusammenhang stehenden Riesengewinne der Papierfabriken der Reichstag und die Reichsregierung dringend aufgefordert werden, hier einmal nach dem Rechten zu sehen, da es nicht angängig sei, daß die Papierfabriken durch die Macht des Ringes auf Kosten der Allgemeinheit sich in unerhörter Weise bereicherten. Die Versuche der Selbsthilfe seien vergeblich geblieben. Es wird gefordert: sofortiger Preisabbau für Zeitungspapier auf vorläufig wenigstens 2 Mark, wenn nötig Zwangsmaßnahmen gegen den Papierfabrikantenring, ferner bei den Gliedstaaten des Reiches darauf hinzuwirken, daß das für die Herstellung des Zeitungspapiers benötigte Holz zu entsprechenden Preisen zur Verfügung gestellt werde. Schließlich wird verlangt, dafür zu sorgen, die erforderlichen Kohlenmengen für die Papierfabriken sicherzustellen, damit neue Preisaufschläge nicht mit Arbeitsunterbrechung begründet würden. Komme der Abbau des Papierpreises auf der angegebenen Grundlage nicht sofort zustande, so wäre der Zusammenbruch der deutschen Presse unvermeidlich. Aehnlich lägen die Verhältnisse auf dem Gebiete der Druckarben. Ferner wurde von der Reichsregierung die Abschaffung der Anzeigensteuer gefordert sowie verlangt, von der bevorstehenden erdrückenden Erhöhung des Postzeitungstarifs abzusehen, zumal es im eigenen Interesse der Reichsregierung und aller nachgeordneten Stellen liege, den Zusammenbruch der Zeitungen zu verhüten, weil nur mit ihrer Hilfe die Regierung und die Behörden die unentbehrliche Fühlungnahme mit dem Volk aufrechterhalten können.

Keine neue Kohlenpreiserhöhung.

Die ursprüngliche Forderung des Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikats, die auf eine Erhöhung der Steinkohlenpreise um 25 Mark die Tonne hinauslief, war, wie erinnerlich, vom Reichskohlenrat auf 9 Mk. die Tonne herabgemindert worden. Auch hiergegen hatte das Reichswirtschaftsministerium Einspruch erhoben. Daraufhin bildete sich eine Kommission aus Arbeitgebern, Arbeitnehmern und Verbrauchern, die dem Reichskabinett den Standpunkt der Verbauinteressenten nochmals darlegte. In dieser Besprechung wurde, wie die „D. A. Z." mitteilt, eine weitere Erhöhung der Kohlenpreise abgelehnt.

Von anderer Seite verlautet jedoch, daß ein definitiver Beschluß noch nicht gefaßt worden ist, vielmehr wird sich das Kabinett in einer erneuten Sitzung, die wahrscheinlich heute stattfindet, entscheiden. Während in früheren Fällen das Reichswirtschaftsministerium Vollmacht zur selbständigen Erledigung hatte, hat sich diesmal das Gesamtministerium ausdrücklich selbst die Entscheidung vorbehalten. Sie muß sehr bald fallen, weil der Einspruch nur aufschiebende Wirkung für 14 Tage hat. Wird innerhalb dieser Frist die Ablehnung nicht begründet, so tritt nach der Verfassung des Reichskohlenverbandes die Preiserhöhung rückwirkend in Kraft. Es scheint allerdings kaum zweifelhaft zu sein, daß die geforderten Kohlenpreiserhöhungen endgültig abgelehnt werden. Es wird nach der „B. Z." im wesentlichen nur darüber verhandelt werden, ob die bisherigen Reichszuschüsse weiter geleistet werden, oder ob diese Lasten auch von den Unternehmern getragen werden sollen.

Börsen-Stimmungsbild.

Berlin, 4. August. Das bedeutsamste Ereignis im heutigen Börsenverkehr war die große Steigerung der Devisenkurse, deren Ursache auf die Möglichkeit einer Ausdehnung des russisch-polnischen Krieges durch Vorgehen der Entente und daran geknüpften Befürchtung einer Gefährdung der deutschen Neutralität zurückgeführt wurde. Obwohl diese Momente den Anlaß gaben, die Abneigung gegen eine Geschäftsbetätigung zu erhöhen, setzte sich doch die Aufwärtsbewegung am Montanmarkt fort. Lebhaft gehandelt wurden vor allem oberschlesische Werte. Für Bismarckhütte wurden etwa 60 Prozent höhere Kurse, nämlich etwa 730 Prozent genannt, ohne daß es zunächst zu einer amtlichen Notierung kam. Für Laurahütte, Kattowitzer und Oberschlesische Eisenbahnbedarf zeigte sich gleichfalls Kauflust, doch konnten anfängliche Gewinne dieser Papiere nicht voll aufrecht erhalten werden. Bochumer, Buderus, Deutsch-Luxemburger stiegen ansehnlich, Petroleumwerte erfuhren eine wesentliche Erhöhung. Kolonialpapiere besserten sich weiter im Zusammenhang mit der Steigerung der ausländischen Valutapapiere. Farbwerte schwächten sich ab. Von festverzinslichen Werten lagen 4½ prozentige Mexikaner höher im Hinblick auf die Lage am Valutamarkt. Für deutsche Anleihen machte sich eher eine Neigung zur Abschwächung bemerkbar, namentlich Preußische Konsole gaben etwas nach.

Devisenkurse.

Berlin, 4. August

Die amtlichen Notierungen für telegraphische Auszahlungen stellen sich an der heutigen Börse in Vergleichung zum vorhergehenden Tage in Mark wie folgt:

	Heute Geld	Heute Brief	Gestern Geld	Gestern Brief
Amsterdam – Rotterdam	1843,50	1846,50	1468,50	1470,50
Brüssel-Antwerpen	354,65	355,35	345,65	346,35
Christiania	704,30	705,70	674,30	675,70
Kopenhagen	704,39	705,70	679,30	680,70
Stockholm	949,05	950,95	911,60	913,40
Helsingfors	154,80	55,20	152,30	152,70
Italien	237,25	237,25	229,75	230,25
London	167,55	167,95	161,30	161,70
New York	46,57	46,67	42,70	42,80
Paris	332,65	333,35	328,65	329,35
Schweiz	771,75	773,25	729,25	730,75
Spanien	691,80	693,20	656,85	658,15
Wien (altes)	23,97	24,03	24,34	24,40
(Deutsch-Oest. abgest.)	23,84	23,90	24,09½	24,15½
Prag	84,60	84,80	84,50	84,70
Budapest	24,34	24,40	24,34½	24,40½
Bulgarien	—	—	—	—
Konstantinopel	—	—	—	—

Produktenbericht.

Berlin, 4. August. Am Produktenmarkt beginnt sich das Geschäft in Oelsträuchten zu entwickeln. Raps wurde mit 210 Mk. für den Zentner gehandelt. Das Angebot war ziemlich groß. Für Hafer bestand weitere Kauflust des Konsums und bewirkte ein Anziehen des Preises. Von Hülsenfrüchten waren gute Erbsen, Peluschken, Ackerbohnen und Wicken begehrt. Serradella war zur Lagerung leicht verkäuflich. Rauhfutter war wenig verändert. Wetter schön.

Berlin, 4. August. Amtliche Notizen. Preis für 1000 Kg. in Mark: Inland. Hafer loko ab Speicher frei Wagen 2840, loko ab Bahn —, sofortige Abladung ab Abladestation 2640—2740. Tendenz: fest.

Deutsche Nationalbank, Kommanditgesellschaft auf Aktien in Bremen. Die außerordentliche Generalversammlung genehmigte den Fusionsvertrag mit der Nationalbank für Deutschland in Berlin, nach dem das gesamte Kapital der Nationalbank für Deutschland auf die Deutsche Nationalbank übergeht. Zuvor wurden von Aktionärseite Befürchtungen geäußert, das alte Bremer Institut möchte in der Berliner Bank untergehen. Dazu führte der Vorsitzende aus, man hoffe, dem Geschäft in Norddeutschland durch diese Fusion am besten zu dienen. Das 42 Millionen Mark betragende Aktienkapital der Deutschen Nationalbank bedeute nach dem heutigen Stande der Valuta 1 Million Dollar. Nun sei die Bank in erheblichem Maße auf das internationale Rembourcsgeschäft angewiesen und habe die Absicht, dieses weiter auszubauen. Solche Geschäfte erforderten ein den Werten, die jetzt in Frage kommen, entsprechendes Aktienkapital. Eine Aenderung in der Art der Geschäftsführung in Bremen sowie auch in der Leitung der Filialen der Deutschen Nationalbank sei nicht zu befürchten. Die Aenderung der Firma geschehe aus rein formellen Gründen. Die Erhöhung des Aktienkapitals durch Ausgabe von 108 Mill. Mk. neuer Aktien wurde beschlossen. Von diesen sind 90 Mill. Mark, vom 1. Januar 1920 an dividendenberechtigt, zum Umtausch der Aktien der Nationalbank bestimmt, während die restlichen 18 Mill. Mark vom 1. Juli ab dividendenberechtigter Aktien einem Konsortium zu 140 Prozent überlassen werden. Der aus Gesundheitsrücksichten ausscheidende persönlich haftende Gesellschaftsinhaber Walter Meininghaus-Dortmund tritt in den Aufsichtsrat des Instituts über, und die Direktoren der Nationalbank für Deutschland Emil Wittenberg, Dr. Hilmar Schacht und Jakob Goldschmidt wurden als persönlich haftende Gesellschafter aufgenommen. Der Aenderung der Firma in „Nationalbank für Deutschland, Kommanditgesellschaft auf Aktien, mit dem Sitz in Berlin", unter Aufrechterhaltung der jetzigen Hauptniederlassung als Zweigniederlassung, wurde zugestimmt. Schließlich wurde auch der gesamte Aufsichtsrat gewählt.

Siegen-Solinger Gußstahl-Aktien-Verein. Wie die Verwaltung mitteilt, konnte, obwohl im ersten Vierteljahr die Betriebe im Januar wegen Kohlenmangels, im Februar, März infolge Streiks stillagen, im ersten Halbjahre ein Umsatz von etwa 23 Mill. Mark erreicht werden. Der Gewinn rechtfertige die Erwartung, daß mit einer ganz wesentlichen Erhöhung der Dividende (i. V. 8 Proz.) gerechnet werden könne. Der gegenwärtige Auftragsbestand wird mit rund 35 Mill. Mark bezifiert.

Johannes Haag Maschinen- und Röhrenfabrik A.-G. in Augsburg. Der ausgewiesene Reingewinn für 1919/20 beträgt einschl. Vortrag 483 515 Mk. (i. V. 383 347). Daraus wird der am 23. August stattfindenden Generalversammlung eine Dividende von 10 Proz. (i. V. 8), die Ueberweisung von 130 000 Mk. für Tantiemen-, Unterstützungs- und Beamtenkasse, 440 000 Mk. für Talonsteuerreserve, 50 000 Mk. (wie i. V.) auf Delkredorekonto und 54 145 Mk. (50 436) als Vortrag auf neue Rechnung vorgeschlagen.

Niederlausitzer Kohlenwerke — Rositzer Braunkohlenwerke. Verhandlungen schweben zwischen den Niederlausitzer Kohlenwerken, die dahin gehen, daß die den Niederlausitzer Kohlenwerken gehörenden Gruben Kraft I und II an Rositz abgetreten werden. Man scheint aber nur einen Pachtvertrag durch Rositz in Aussicht genommen zu haben mit Rücksicht auf verschiedene Gründe. Diese Gründe dürften wohl zum Teil steuertechnischer Art sein.

Staatliche Torfgewinnung in Braunschweig. Die braunschweigische Staatsregierung erwarb auf 35 Jahre ein Ausbeutungsrecht auf 350 Morgen Torfmoor. Durch die staatlichen Torfwerke soll der Brennstoffbedarf im Lande Braunschweig für die nächsten Jahre sichergestellt werden. Die Werke befinden sich im großen Moor der Gemarkung Neudorf-Platendorf im Kreise Gifhorn, an der Bahnlinie Hannover-Stendal. Die Fläche ist durchschnittlich 3 Meter mächtig. In unmittelbarer Nähe haben sich auch die Hannoversche Glashütte in Hannover-Bainhols und die Hedwigshütte, Anthrazit-, Kohlen- und Kokswerk A.-G. größere Torfflächen gesichert. Diese Gesellschaften wollen sich zusammen mit dem braunschweigischen Staat in die Baukosten eines 4½ Kilometer langen Anschlußgleises teilen. Der Hauptausschuß der braunschweigischen Landesversammlung hat für die Einrichtung der Torfwerke 2,2 Mill. Mark bewilligt. Der Torf ist von bester Qualität. Er soll zum Selbstkostenpreis an die braunschweigischen Gemeinden abgegeben werden.

Bevorstehende große Verschmelzung in der amerikanischen Chemikalienindustrie. Nach dem „Waalstreet-Journal" sind Verhandlungen über eine Verschmelzung einer Reihe bedeutender Gesellschaften der chemischen und Nebenproduktenindustrie Amerikas im Gange. Es handelt sich dabei um die Firmen Generale Chemical Company, Barrett Company, Semet Solvay Company und die Nationale Aniline Company. Die neue Gesellschaft soll ein Kapital von 350 Millionen Dollar haben.

Getreide-Abnahme-Bedingungen. Die Reichsgetreidestelle hat den Mühlen mitgeteilt, daß Getreide hinsichtlich des Feuchtigkeitsgehaltes als vollwertig gilt, falls die Feuchtigkeit nicht übersteigt: Bei Lieferungen vor dem 16. August 1920 19 Prozent, bei Lieferungen vor dem 16. Oktober 1920 18 Prozent, bei Lieferungen vom 16. Oktober 1920 ab 17 Prozent. Hiernach ist den Getreidelieferern gegenüber eine Mängelrüge wegen Feuchtigkeit nur begründet, soweit die Feuchtigkeit diese Sätze übersteigt. Um die Mühlen vor Schaden durch Anwendung der vorerwähnten Bestimmungen zu bewahren, hat die Reichsgetreidestelle sich entschlossen, den Mühlen eine Vergütung von 10 Mk. für eine Tonne für alles Getreide aus der Ernte 1920 zu zahlen, das vor dem 16. Oktober 1920 verladen ist.

Die deutsche Biererzeugung in 1919. Nach einer Veröffentlichung des Statistischen Reichsamtes sind im Biersteuergebiet insgesamt 25 618 823 Hektoliter Bier hergestellt worden, von denen 5 722 405 Hektoliter auf das vierte Vierteljahr entfallen. Im einzelnen wurden hergestellt im vergangenen Jahre 14 621 629 Hektoliter untergäriges Einfachbier und 10 678 040 Hektoliter obergäriges. Ferner wurden gebraut 275 368 Hektoliter untergäriges und 36 908 Hektoliter obergäriges Vollbier, sowie 2146 Hektoliter untergäriges und 4732 Hektoliter obergäriges Starkbier. Verwendet wurden im Berichtsjahre insgesamt 1 070 707 Doppelzentner Malz und 27 894 Doppelzentner Zuckerstoffe.

Höherer Ertrag der amerikanischen Baumwollernte in Aussicht. Nach dem Berichte des Ackerbaubüros wird der Ertrag der Baumwollernte auf 12 519 000 Ballen geschätzt gegen eine Schätzung von 11 016 000 Ballen am 1. August 1919 und ein endgültiges Ernteergebnis von 11 700 000 Ballen im Jahre 1918. Der Durchschnittsstand wird bis zum 25. Juli mit 74,1 Pros. angegeben gegen 70,7 Pros. im Vormonat, 62,4 Pros. im Mai, 67,1 Pros. im August 1919, 73,6 Pros. im gleichen Zeitpunkt des Jahres 1918 und 70,3 Proz. im Jahre 1917.

Wiederaufnahme der Glasproduktion im Saarrevier. Die Vereinigten Vogelius u. Wentzesschen Glashütten in Sulzbach, das größte Industriewerk dieser Art, haben ihren Betrieb wieder aufgenommen. Die Zahl der Arbeiter beläuft sich zurzeit auf 9000.

Wieder unter deutscher Flagge. Für die Rückbeförderung der in Chile liegenden internierten deutschen Schiffe werden 840 deutsche Seeleute mit dem Dampfer „Lucie Woermann" nach Chile gesandt. Dieser Dampfer, der vor kurzem an die Entente abgeliefert war, ist jetzt von den Engländern an das deutsche Seeschiff-Kontor (G. m. b. H. zu diesem Zwecke charteriert worden. Das Schiff ist bereits in England mit Proviant und Kohlen für die große Reise beladen worden und wird sie unter deutscher Flagge machen.

Weitere Erhöhung der Elbefrachten. Infolge weiterer verminderter Tauchtiefe wurde die Fracht von Hamburg nach der Mittelelbe um 35 Pfg. für 100 Kg. erhöht. Das von der Oberelbe gemeldete Wachsen des Wasserstandes hat sich auf der Mittelelbe noch nicht bemerkbar gemacht.

Berliner Börse

vom 4. August 1920

(Telegramm.)

Deutsche Werte:	
4% Dtsch. Schatzsch. VI—IX	73,70
5% Dtsch. Reichsanl.	79,64
4% „ „	69,30
3½% „ „	59,25
3% „ „	59,50
4% Preuß. Konsols	66,00
3½% „ „	58,00
3% „ „	54,25
4% Charl. Stadtanl. 89/99	92,00
4% Magdb. Stadtanl. 91/06	—
4% Sächs. Neulandsch Pfdbl.	100,10
4% Preuß. Centr. Bod. Pfdbl.	97,00
4% Preuß. Hyp. Bk. Pfdbl. 1911	96,00
4½% Dess. Gas Oblig.	—
4% Dessauer Gas Obl.	—
Ausländ. Werte:	
4% Oesterr. Kronenrente	24,50
4% Ungar. Goldrente	51,50
4% Ungar. Kronenrente	25,75
Eisenbahn-Aktien:	
Halberst.-Blankenb.	—
Halle-Hettstedter	—
Schantungbahn	653,00
Allg. Lokal-Str.	98,00
Gr. Berl. Str.	129,00
Magdeburger Str.-B.	145,00
Prinz-Heinrich-B.	420,00
Schiffahrts-Aktien:	
Hambg. Paketfahrt	180,84
Hambg. Südamerika	239,34
Hansa-Dampfschiff.	269,00
Nordd. Lloyd	173,00
Bank-Aktien:	
Bank f. Thür.	159,50
Berl. Handelsges.	206,50
Commerz-Diskontobank	162,00
Darmstädter Bank	142,50
Dessauische Landesbank	127,75
Deutsche Bank	261,25
Diskonto-Comm.	197,75
Dresdner Bank	161,25
Leipzig. Credit-Anst.	153,00
Mitteld. Kreditbank	141,75
Mitteld. Privatbank	153,00
Nationalbank	149,00
Oesterr. Kredit	86,36
Reichsbank	147,50
Industrie-Aktien:	
Schultheiss-Brauerei	240,00
Akt. f. Anilin	354,50
Allgem. Elektr. Ges.	291,00
Ammendorfer Papierfabrik	649,00
Anhalter Kohlenw.	298,00
Annaberger Steingut	363,00
Badische Anilin	460,00
Bergmann Elekt. Akt.	240,00
Berl. Masch.-Bau	254,00
Bismarckhütte	750,00
Bochumer Gußstahl	438,00
Chem.-Fabr. Buckau	—
Chem. Griesheim	295,00
Chem. Heyden	342,50
Consolidation Schalk	7.5,00
CröllwitzerPapierfbk	269,00
Daimler Motoren	217,00
Deutsche Luxemburg	303,00
Deutsche Treuhandgesellschaft	830,00
Deutsche Erdöl	1825,00
Deutsche Gasglühl.	5110,00
Deutsche Kali	418,00
Deutsche Waffen und Mun.	360,00
Donnersmarckhütte	450,00
Döring & Lehrmann	155,00
Dürrkoppwerk	474,25
Engelhardt-Brauerei	254,00
Elberfelder Farben	398,00
Felten & Guillaume	—
Gasmotoren Deutz	198,00
Gebhard & Co.	390,00
Gebhard & König	269,00
Gelsenkirchen Berg.	316,05
Gleuziger-Zuckerfbk	500,00
Hallesche Maschfbk.	505,00
Hann. Masch.	340,50
Harpener Berg	359,50
Hasper Eisen	580,00
Hirsch Kupfer	275,00
Höchster Farbwerke	400,00
Hoesch Eisen u. Stahl	400,00
Hohenlohe Werke	227,50
Humboldt Masch.	170,00
Ilse Bergbau	399,25
Kahla Porzellan	400,00
Kaliw. Aschersleben	394,00
Körbisd. Zucker-Akt.	—
Kyffhäuserhütte	200,00
Lehmeyer & Co.	187,00
Lauchhammer	450,00
Laurahütte	310,00
Linke & Hofmann	355,00
Ludwig Loewe & Co.	268,00
Lothringer Hütte	317,50
Mannesmannröhren	382,00
Masch.-Fabr. Buckau	230,00
Oberschl. Eisenb.-Bd.	238,75
do. Caro Hag.	271,00
do. Kokswerke	410,00
Orenstein & Koppel	279,00
Phönix Berg	461,50
Rhein. Metall-Vorz.	—
Rhein. Stahlwaren	—
Riebeck. Montan	340,00
Rombacher Hütten	295,00
Rositzer Braunk.	399,00
Rositzer Zucker	233,25
Sangerhäuser Masch.	430,00
HugoSchneider A.-G.	275,00
Schuckert & Co.	193,00
Siemens & Halske	240,00
Stettiner Chem.	302,00
Stettiner Vulkan	453,75
Stollberger Zinkh.	270,00
Strals. Spielkarten	350,00
Thale-Eisenhütte	436,00
Triptis Porzellan	230,00
Türk. Tabakregie	—
Ver. Köln-Rottweiler	303,50
Ver. Glanzstoff	1239,00
Wegelin & Hübner	170,00
Werschen-Weißenfelser Braunk.	340,00
Westeregeln Alkali	682,00
Wittener Gußstahl	749,00
Wrede Mälzerei	142,50
Zeitzer Masch.	520,00
Zellstoff Waldhof	350,00
Otavi-Minen	775,00

Tendenz: fest.

Leipziger Börse.

Leipzig, den 4. August 1920.

Hallesche Zucker-Raffinerie	260,00
Leipziger Malzfabrik, Schkeuditz	132,00
Landwitzsch. Masch. Zimmermann, Halle	160,00
Mansfelder Gewerkschaft	4450,00
Portland, Zementfabrik Halle	156,00
Prehlitzer Braunkohlen	1450,00
Priorit.	—

Verantwortlich f. d. polit. Teil: Gustav Jacob-Margella; f. d. örtlichen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht, Handel: Eugen Brinkmann; für Feuilleton, Unterhaltungsbeilage, Vermischtes, Sport usw.: Dr. Karl Baer i. V.; für den Anzeigenteil: Hans Wildt. Verlag: Saale-Zeitung, G. m. b. H., Halle. Druck: Zeitungsverlag und Druckerei Otto Hendel

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt.
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19200805015/fragment/page=0004